

Rede

Kiel, 28.04.2016

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Die EU muss weit mehr sein, als nur eine Währungsunion

Jette Waldinger-Thiering zu TOP 34 - Europa auf dem Prüfstand

„Natürlich hat die große Herausforderung der Flüchtlingskrise ihre Spuren hinterlassen.“

Mittlerweile gibt es 28 Partner in der EU. Und es ist kein Geheimnis, dass eine Partnerschaft immer wieder vor neuen Herausforderungen stehen kann. Fakt ist, dass sich die Mitgliedsstaaten der EU gemeinsam den globalen Herausforderungen stellen müssen. Und wir alle wissen, dass der Koordinierungsbedarf nicht nur in Zeiten von Banken- oder Flüchtlingskrisen immens hoch ist. Der Weg zu Lösungen besteht häufig aus vielen kleinen Schritten. Schritte, die für viele Bürgerinnen und Bürger sicher kaum zu erkennen oder zu spüren sind.

Und doch dürfen uns diese kleinen und teilweise auch sehr zähen Einzelschritte natürlich nicht davon abbringen, an der Idee eines freien, sozialen und solidarischen Europas festzuhalten. Aus Sicht des SSW muss die Erkenntnis, dass man gemeinsam viel mehr erreichen kann als im nationalen Alleingang, wieder viel stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Der Solidaritätsgedanke muss wieder im Fokus Europas stehen.



Unser Ziel ist ein soziales Europa. Wir wollen die Mobilität der Arbeitskräfte erleichtern und ihr einen gerechteren Rahmen geben. Für uns ist klar, dass entsendete Arbeitnehmer nicht nur den im Gastland geltenden gesetzlichen Mindestlohn, sondern auch künftig dort geltende Prämien erhalten sollen. Ich persönlich halte die Frage, wie wir in Zukunft mit den erworbenen Sozialversicherungsansprüchen umgehen, für ganz zentral. Der Reform der Entsenderichtlinie kommt damit eine große Bedeutung zu. Und natürlich gehören zu einem sozialen Europa dringend auch Perspektiven zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Unterm Strich ist völlig klar: Die EU muss weit mehr sein, als nur eine Währungsunion.

Ganz ohne Frage gehört die Freizügigkeit zu den größten Errungenschaften im Schengenraum. Wer wenn nicht wir, die im deutsch-dänischen Grenzland leben, haben diese Errungenschaft schätzen gelernt? Egal ob es die Fahrt zur Arbeit oder zur Uni, der tägliche Einkauf oder der Besuch einer kulturellen Veranstaltung ist: Die Freizügigkeit ist aus unserem Alltag kaum mehr wegzudenken. Ich hoffe wir sind uns darin einig, dass diese Freizügigkeit nicht der Preis für die Flüchtlingskrise sein darf. Zwar müssen Grenzkontrollen an den Außengrenzen stattfinden. Aber wir wollen keine Abschottung. Auch für die Zukunft gilt: Wer Anspruch auf Schutz hat, muss diesen auch bekommen. Und zwar, ohne dabei sein Schicksal Schleusern anzuvertrauen und sein Leben riskieren zu müssen.

Für uns ist klar, dass Europa eine gemeinsame Asyl- und Zuwanderungspolitik braucht. Wir dürfen die Staaten an den EU-Außengrenzen nicht mit der Aufgabe der Grenzsicherung allein lassen. Die Grenzschutzagentur Frontex muss ihrer Verantwortung nachkommen. Und sie muss dabei selbstverständlich demokratisch kontrolliert und für ihre Aufgaben immer wieder legitimiert werden.

Ohne Zweifel hat die große Herausforderung der Flüchtlingskrise ihre Spuren hinterlassen. Aber nach unserer Überzeugung wird Europa nicht scheitern, sondern an dieser Aufgabe wachsen. Sicher, es gibt denkwürdige Entwicklungen. Es gibt Tendenzen, die die Erosion der europäischen Solidarität vermuten lassen. Aber gerade in diesen Zeiten ist doch eins völlig klar: Statt vor dieser Entwicklung die Augen zu verschließen, müssen wir doch gerade jetzt die Debatte über die Grundlagen der Union führen.

Ich denke, ein ganz wesentlicher Punkt ist hier zum Beispiel die Frage der Beteiligung der 500 Millionen EU-Bürger. Viele fordern nicht nur mehr Rechte für das von ihnen gewählte europäische Parlament, sondern auch mehr direkte Einflussmöglichkeiten. Sie wollen in wichtigen Fragen, die die Union betreffen, unmittelbar beteiligt werden und fordern mehr



Volksabstimmungen bei Übertragung von Souveränität auf die EU. Sie wollen nicht mehr länger vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Das kann ich - und das kann der SSW - sehr gut nachvollziehen. Aus unserer Sicht sind es zuallererst die Bürgerinnen und Bürger, die über die Zukunft der Europäischen Union entscheiden müssen.

Die Weiterentwicklung Europas hängt vom aktiven Handeln ab. Im Antrag haben wir es formuliert: Europa kann sich nur entwickeln, wenn solidarisches gemeinsames Handeln an die Stelle von nationalen Egoismen tritt. Und ich bin zuversichtlich, dass wir hier auf einem guten Weg sind.

